



# HESSISCHER LANDTAG

31. 07. 2025

## Große Anfrage

**Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Arno Enners (AfD),  
Robert Lambrou (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)**

### **Geburtshilfe in Hessen zwischen Strukturabbau, Kaiserschnittquote und Hebammenmangel**

Die Geburt eines Kindes ist mehr als ein medizinisches Ereignis – sie ist ein zutiefst persönlicher, oft prägender Moment im Leben eines Menschen. Eine sichere, wohnortnahe und selbstbestimmte Geburt muss daher eine zentrale Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge sein. Grundlegende Standards geburtshilflicher Versorgung geraten jedoch auch in Hessen zunehmend unter Druck: Geburtsstationen schließen, freiberufliche Beleghebammen ziehen sich aus dem Beruf zurück, die Zahl der Kaiserschnitte steigt seit Jahren und vielerorts ist eine Hebamme für mehrere Gebärende gleichzeitig zuständig. Diese Entwicklungen sind nicht nur Ausdruck eines strukturellen Mangels, sondern auch das Ergebnis politischer Versäumnisse. Trotz wiederholter Hinweise von Berufsverbänden, Betroffenen und Kommunen fehlen umfassende und wirksame Strategien zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Geburtshilfe in allen Regionen Hessens. Stattdessen verstetigen sich Ungleichheiten in der Versorgung, werden familienfreundliche Arbeitsbedingungen in den Kliniken vernachlässigt und wird die Arbeit von Hebammen unzureichend gewürdigt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele geburtshilfliche Stationen bestehen derzeit in Hessen? Bitte aufgeschlüsselt nach Kliniktyp, Trägerschaft und Landkreis/Kreisfreie Stadt.
2. Wie viele dieser Stationen verfügen über eine Kooperation mit Beleghebammen?
3. Wie viele Kreissaalschließungen gab es in Hessen seit 2015? Bitte aufgeschlüsselt nach Klinik, Trägerschaft und Jahr der Schließung.
4. Welche Regionen Hessens gelten nach Kenntnis der Landesregierung aktuell als geburtshilflich unversorgt?
5. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Sicherstellung und Wiederherstellung einer flächendeckenden geburtshilflichen Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum?
6. Wie viele Beleghebammen sind derzeit in Hessen tätig? Bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen/Kreisfreien Städten.
7. Welche Modelle der Zusammenarbeit zwischen Kliniken und Beleghebammen bestehen in Hessen (zum Beispiel Kooperationsverträge, Einbindung in Klinikteams)?
8. Welche Rolle spielt der Hebammenhilfevertrag für die Arbeit von Beleghebammen in hessischen Kliniken?
9. Welche Kritikpunkte wurden der Landesregierung seitens Berufsverbände, Kliniken oder Hebammen am aktuellen Vertrag oder dessen Umsetzung gemeldet?
10. Welche Auswirkungen hat der bundesweite Schiedsspruch zum Hebammenhilfevertrag auf die Versorgungssituation und Vergütungsregeln in Hessen?
11. Welche Rückmeldungen sind der Landesregierung zu praktischen Problemen bei der Umsetzung des Hebammenhilfevertrages bekannt (zum Beispiel Dokumentationsaufwand, Abrechnung, Haftung)?

12. Gibt es spezifische Förderinstrumente des Landes für die Arbeit von Beleghebammen?
13. Wie hat sich die Kaiserschnittrate in Hessen in den letzten zehn Jahren entwickelt? Bitte nach Jahr aufschlüsseln.
14. Welche hessischen Kliniken weisen eine Kaiserschnittrate über 35 Prozent beziehungsweise 50 Prozent auf?
15. Welche Bewertung nimmt die Landesregierung dazu vor, dass Hessen mit einer Kaiserschnittrate von 35,1 Prozent zu den Spaltenreitern zählt – trotz der WHO-Empfehlung, die einen Maximalwert von 15 Prozent vorsieht?
16. Gibt es in Hessen verbindliche Überprüfungen der medizinischen Indikation bei überdurchschnittlich hohen Kaiserschnittraten?
17. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über den Zusammenhang von Personalmangel, Klinikfinanzierung und Kaiserschnittquote vor?
18. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die durchschnittliche Vorlaufzeit und Erfolgsquote bei der Suche nach einer Hebamme in Hessen vor?
19. Wie viele Rückmeldungen oder Beschwerden zur fehlgeschlagenen Hebammensuche erreichen das Land jährlich (zum Beispiel über Krankenkassen, Beratungsstellen et cetera)?
20. Wie häufig kommt es nach Kenntnis der Landesregierung dazu, dass Schwangere in Hessen keine Hebamme für Vor- oder Nachsorge finden?
21. Welche Unterschiede bestehen in der Hebammenverfügbarkeit zwischen städtischen, suburbanen und ländlichen Regionen in Hessen?
22. Welche Bevölkerungsgruppen sind laut Einschätzung der Hessischen Landesregierung besonders häufig von Schwierigkeiten bei der Hebammensuche betroffen (zum Beispiel obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, Teenager-Schwangerschaften oder Großfamilien)?
23. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um den Zugang zu Hebammenhilfe insbesondere für Erstgebärende oder Frauen mit Migrationshintergrund (Sprachbarriere) sicherzustellen?
24. Welche digitalen oder zentralen Vermittlungsplattformen zur Hebammensuche werden von der Hessischen Landesregierung unterstützt oder empfohlen?
25. Gibt es Landesprogramme oder Kooperationen mit Kommunen oder Kliniken zur gezielten Entlastung überlasteter Hebammenpraxen?
26. Wie hoch ist der Anteil der Geburten in Hessen, bei denen keine kontinuierliche Betreuung durch eine Hebamme stattfindet (zum Beispiel aufgrund überfüllter Kreißsäle)?
27. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, warum junge Hebammen nach der Ausbildung den Beruf nicht oder nur kurzzeitig ausüben?
28. Welche konkreten Gründe nennt die Landesregierung für den frühzeitigen Ausstieg von Hebammen in den ersten fünf Berufsjahren (zum Beispiel Arbeitsbelastung, ökonomischer Druck, mangelnde Vereinbarkeit, Versicherungskosten)?
29. Wie hoch ist die durchschnittliche Verweildauer von Hebammen im Beruf in Hessen, differenziert nach Anstellungsverhältnis (freiberuflich, angestellt) und Arbeitsfeld (Klinik, Hausgeburt, Geburtshaus)?
30. Welche Maßnahmen unterstützt die Landesregierung, um dem frühen Berufsausstieg junger Hebammen präventiv entgegenzuwirken?
31. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen freiberuflicher Hebammen unterstützt das Land derzeit konkret?
32. Welche konkreten Initiativen wurden in den letzten zehn Jahren umgesetzt, um den Beruf der Hebamme zu stärken?

33. Welche Förderprogramme bestehen auf Landesebene zur Sicherung und Attraktivität der Geburtshilfe?
34. Wie viele Studienplätze in der akademischen Hebammenausbildung stehen in Hessen aktuell zur Verfügung? Bitte nach Hochschule/Standort und Abschlussjahrgang differenzieren.
35. Wie viele Absolventinnen der akademischen Hebammenstudiengänge gab es seit Einführung eben dieser? Bitte nach Jahr und Standort aufschlüsseln
36. Wie bewertet die Landesregierung die Praxistauglichkeit und Akzeptanz der akademisierten Ausbildung im Vergleich zum früheren Modell?
37. Welche Kooperationen bestehen zwischen Hochschulen und geburtshilflichen Einrichtungen für die praktische Ausbildung von Hebammen in Hessen?
38. Welche Maßnahmen ergreift das Land zur Sicherstellung der Praxisanleitungskapazitäten und zur Entlastung der ausbildenden Kliniken?
39. Wie viele hebammengeleitete Einrichtungen (zum Beispiel Geburtshäuser, hebammengeführte Kreißsäle) existieren derzeit in Hessen und in welchen Regionen sind sie verortet?
40. Welche Rolle spielen hebammengeleitete Einrichtungen (zum Beispiel Geburtshäuser) in der Versorgungsstrategie des Landes?
41. Welche Förderprogramme, strukturellen Unterstützungen oder Modellprojekte für hebammengeleitete Einrichtungen bestehen auf Landesebene aktuell?
42. Welche Herausforderungen sieht die Landesregierung beim Ausbau hebammengeleiteter Versorgungsformen (zum Beispiel rechtliche, finanzielle oder personelle Barrieren)?
43. Welche Daten erhebt die Landesregierung regelmäßig zur Erfassung der Bedarfslage und Entwicklung des Berufsstandes der Hebammen?
44. Plant die Landesregierung ein Gutachten oder Monitoring zur Zukunft der Geburtshilfe in Hessen?
45. Welche Rolle misst die Landesregierung der Beteiligung von werdenden Müttern und Fachkräften bei der Weiterentwicklung der Geburtshilfe bei?
46. Welche Beteiligungsformate für werdende Mütter existieren auf Landesebene bei der Weiterentwicklung geburtshilflicher Angebote (zum Beispiel Nutzerbeiräte, Feedbacksysteme und Patientenvertretungen)?
47. Inwiefern werden Rückmeldungen von Gebärenden systematisch erhoben, ausgewertet und in politische oder strukturelle Entscheidungen einbezogen (zum Beispiel bei Klinikschließungen, Umstrukturierungen, Förderentscheidungen)?
48. Plant die Landesregierung, partizipative Verfahren im Bereich Geburtshilfe gezielt auszubauen – etwa durch die Förderung geburtshilflicher Bürgerräte oder digitaler Beteiligungsplattformen?

Wiesbaden, 31. Juli 2025

**Volker Richter  
Gerhard Bärsch  
Arno Enners  
Robert Lambrou  
Dr. Frank Grobe**